

STADT AHRENSBURG - Beschlussvorlage -		Vorlagen-Nummer 2012/033
öffentlich		
Datum 05.03.2012	Aktenzeichen I.3.1	Federführend: Frau Kositzki

Betreff

Allgemeiner Verwaltungsbericht

Beratungsfolge Gremium Hauptausschuss	Datum 19.03.2012	Berichterstatter
---	----------------------------	-------------------------

Finanzielle Auswirkungen:		JA	X	NEIN
Mittel stehen zur Verfügung:		JA		NEIN
Produktsachkonto:				
Gesamtaufwand/-auszahlungen:				
Folgekosten:				
Bemerkung:				

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss nimmt den Verwaltungsbericht zur Kenntnis.

Sachverhalt:

Nach der Dienstanweisung für das Berichtswesen ist dem Hauptausschuss im ersten Quartal eines jeden Jahres ein Verwaltungsbericht vorzulegen, der einen Überblick über die aktuelle Verwaltungstätigkeit geben soll. Im Folgenden wird der Sachstand zu verschiedenen Projekten zur Kenntnis gegeben.

Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen

Die im letzten Verwaltungsbericht angekündigte Ablösung des HKR-Verfahrens ist verschoben worden, da die Eröffnungsbilanz für 2009 nicht wie vorgesehen aufgestellt werden konnte. Vor einem Verfahrenswechsel sollen in jedem Fall die noch ausstehenden Bilanzen fertig gestellt sein.

Die Eröffnungsbilanz für 2009 soll nunmehr im März/April 2012 den städtischen Gremien vorlegt werden. Anschließend erfolgen die Arbeiten zu den Jahresabschlüssen 2009 bis 2011.

Personalmanagement

Im Rahmen der Personalentwicklung sollten bis Juni 2011 einheitliche Beurteilungsrichtlinien durch den Fachdienst Personalmanagement eingeführt werden. Dieser Termin konnte nicht eingehalten werden. Die Richtlinien sollen jetzt in 2012 in Kraft gesetzt werden.

Aufbauorganisation

Im Zusammenhang mit dem Ausscheiden des bisherigen Fachbereichsleiters wurde der Fachbereich III/Bildung, Sport, Kultur und Soziale Einrichtungen zum 01.02.2012 aufgelöst. Die vorhandenen Fachdienste wurden der Stabsstelle sowie den Fachbereichen I und II zugeordnet.

Für die Erledigung der Aufgabe Datenschutz wurde im Stellenplan 2012 eine Teilzeitstelle eingerichtet. Hier ist noch eine Regelung zur Zuordnung und nach Genehmigung der Haushaltssatzung zur Besetzung der Stelle zu treffen.

Ablauforganisation

In 2011 wurde bedingt durch das Ausscheiden eines Mitarbeiters im Fachdienst I.3/Zentrale Dienste ein Konzept zur zukünftigen Anfertigung von Druckvorlagen erarbeitet. Nach intensiver verwaltungsinterner Beratung wurde verfügt, die Aufgabe durch die beiden Hausmeister des Rathauses bei gleichzeitigem Verzicht auf eine externe Vergabe zu erledigen. Dadurch bedingt wird eine Ersatzbeschaffung für den vorhandenen Großkopierer erforderlich werden.

Am 1. Januar 2009 ist eine Neufassung des Personenstandsgesetzes in Kraft getreten. Der Gesetzgeber hat damit für die Standesämter die elektronische Registerführung gesetzlich vorgeschrieben. Ab 2014 hat diese zu erfolgen. Mit dieser Novelle ergeben sich zahlreiche neue Anforderungen an die Standesämter.

Die elektronischen Register werden zukünftig nur noch in einem zentralen Rechenzentrumsbetrieb zur Verfügung gestellt. Die Firma Dataport hatte den Auftrag der Länder Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen bekommen, eine Lösung für das elektronische Personenstandsregister zu realisieren. Die Stadt Ahrensburg nimmt seit Herbst 2011 an dem entwickelten Verfahren teil.

Aufgabenkritik

Die Verwaltung hatte von der Politik den Auftrag erhalten, als Instrument zur Haushaltskonsolidierung eine Aufgabenkritik durchzuführen. Da der Personalrat der Durchführung einer verwaltungsweiten Fragebogenaktion nicht zugestimmt hat, wurde durch den Fachbereich I/Personal, Finanzen, Organisation eine Aufstellung der in den nächsten 10 Jahren freiwerdenden Stellen mit einer Aufgabenbeschreibung sowie einer Einschätzung zu Einsparungsmöglichkeiten erarbeitet. Diese wurde den städtischen Gremien im Rahmen der Stellenplanberatung 2012 vorgelegt.

Dokumentenmanagementsystem

Für den vorgesehenen Rechnungsworkflow ist die erforderliche Schnittstelle definiert und von den beiden beteiligten Firmen realisiert worden. Es sind noch kleinere Anpassungen erforderlich, an die sich die Umstellung des jetzigen Verfahrens anschließen wird.

Das Einscannen der Personalstammbblätter konnte ebenfalls noch nicht abgeschlossen werden. Eine Versionsanpassung bei der Software zur Texterkennung hatte zunächst zur Fehlerbeseitigung geführt, jedoch bestehen noch vereinzelt Probleme bei der Abarbeitung der Belege, die in Zusammenarbeit mit der Lieferfirma auszuräumen sind. Dies hat sich aufgrund einer Umstrukturierung innerhalb der Lieferfirma verzögert. Vorgesehen ist, dieses Projekt im laufenden Jahr 2012 abzuschließen.

Darüber hinaus soll in 2012 die Anbindung aller Fachbereiche an die Dokumentenablage erfolgen. Dies bildet dann die Grundlage für die Einrichtung weiterer Workflow-Anwendungen wie beispielsweise eine Terminüberwachung.

Ratsinformationssystem

Der Testbetrieb zur elektronischen Bearbeitung der Sitzungsunterlagen durch die Stadtverordneten und Bürgerlichen Ausschussmitglieder (Mandatos) wurde in 2010 aufgenommen. Die Teilnehmer/innen des Testbetriebes nutzen die elektronische Möglichkeit. Ein abschließender Testbericht liegt noch nicht vor.

Alle Sitzungsräume im Rathaus sind mit WLAN ausgestattet. Es fehlen noch der Marstall und das Rettungszentrum. Im Peter-Rantzau-Haus ist ebenfalls angedacht, einen Raum mit WLAN auszustatten (Angebot liegt vor).

Der Verzicht auf den Papierversand ist nur zum Teil angenommen worden. Einige der teilnehmenden Stadtverordneten wollen trotz Teilnahme am Mandatos auf die Unterlagen nicht verzichten. Weitere Dokumente für die Mitglieder der städtischen Gremien, die nicht im Ratsinformationssystem Session hinterlegt sind, können jetzt auch digital zur Verfügung gestellt werden, d. h. keine Unterlagen müssen mehr aus dem Rathaus abgeholt werden.

EG-Dienstleistungsrichtlinie

In 2011 wurde der Zuständigkeitsfinder Schleswig-Holstein für landesweite Verwaltungsleistungen fertig gestellt. Die Betreuung dieser Suchmaschine erfolgt über die Stabsstelle, Sachgebiet 4/Öffentlichkeitsarbeit. Derzeit ist geplant, die Homepage der Stadt Ahrensburg mit diesem Angebot auf Landesebene zu verlinken. Langfristig sollen auf diesem Wege Verwaltungsverfahren medienbruchfrei bearbeitet werden.

Darüber hinaus wurde ein vorläufiges „Prozessregister“ erstellt mit dem Ziel, vorhandene automatisierte Verfahren innerhalb der Stadtverwaltung zu erfassen und zu optimieren. Die Geschäftsprozesse sollen sich an den Bedürfnissen der Dienstleistungsempfänger/innen ausrichten.

Michael Sarach
Bürgermeister